

Kurz berichtet



Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) Drachenkinder Frederik Wolff und Drachenkinder-Leiterin Ursula Schuhmacher enthüllen die neue Radio-7-Drachenkinder-Briefmarke. FOTO: FELIX KÄSTLE

Neue Sonderbriefmarke zugunsten der Radio 7 Drachenkinder

RAVENSBURG (sz) - Die neue Sonderbriefmarke der Radio 7 Drachenkinder ist da: Das Motiv wurde am Montag vom baden-württembergischen Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) bei Schwäbisch Media in Ravensburg enthüllt. Vom Nennwert von 80 Cent gehen fünf Cent an kranke, traumatisierte und behinderte Kinder. „Wir werden diese schöne Briefmarke wieder für die Weihnachtspost des Ministeriums verwenden“, versprach Lucha. „Ich hoffe, dass viele Firmen und Privatpersonen unserem Beispiel folgen.“ In den letzten sechs Jahren habe man rund 140 000 Euro an die Drachenkinder spenden können, ergänzte Südmail-Geschäftsführer Thomas Reiter. Ab sofort gibt es die Drachenkinder-Briefmarke in den Verkaufsstellen und Online-Shops der privaten Postdienstleister südmail, Südwest Mail und Ostalb Mail zu kaufen.

Land will Abschaffung von Maskenpflicht in Einrichtungen

STUTTGART (dpa) - Das Land Baden-Württemberg will die derzeit geltende Maskenpflicht für Bewohner von Pflegeheimen und Behinderteneinrichtungen nicht hinnehmen. Man habe einen entsprechenden Antrag zur nächsten Gesundheitsministerkonferenz eingereicht. Der Beschlussentwurf solle am kommenden Montag auf der digital stattfindenden Konferenz beraten werden, sagte am Montag ein Sprecher des Sozialministeriums. Dementsprechend solle auch die Maskenpflicht für Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten arbeiten, entfallen. Minister Manne Lucha (Grüne) spricht sich bereits seit Inkrafttreten des Infektionsschutzgesetzes des Bundes zum 1. Oktober gegen die Regelung aus. Derzufolge muss die Maske von den Bewohnern in den Gemeinschaftsräumen getragen werden und darf nur in den persönlichen Zimmern abgenommen werden. Das sei nicht mit dem Recht auf Selbstbestimmung und soziale Teilhabe zu vereinbaren, so Lucha.

Hausärzte im Südwesten schränken Öffnungszeiten aus Protest ein

STUTTGART (dpa) - Niedergelassene Ärzte und Ärztinnen im Südwesten wollen am Mittwoch mit Praxis-schließungen und weniger Terminen für bessere Bedingungen in ihrem Beruf protestieren. Dazu rief der Hausärzterverband Baden-Württemberg am Montag auf. Ziel der Protestaktion sei es, auf die bedenkliche Situation der hausärztlichen Versorgung hinzuweisen. „Die flächendeckende Patientenversorgung ist massiv gefährdet“, hieß es seitens des Hausärzterverbands Baden-Württemberg am Montag. Es gebe immer weniger niedergelassene Mediziner und die verbleibenden seien mehr- oder überbelastet.

Wenn Duschen zum Luxus wird: Wohlfahrtsverbände fordern mehr Hilfen

STUTTGART (dpa) - Angesichts steigender Energiekosten haben Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg einen landesweiten Notfallfonds gefordert. Damit könnten etwa Strom-, Wasser-, und Gassperren verhindert werden, sagte der Sprecher der Liga der freien Wohlfahrtspflege, Michael Karmann, zu der etwa Caritas, Deutsches Rotes Kreuz und Diakonie gehören. „Wir gehen davon aus, dass Haushalte mit bis zu 4000 Euro brutto deutliche Schwierigkeiten dabei haben werden, Nachzahlungen zu leisten, die im vierstelligen Bereich liegen“, sagte Karmann am Montag in Stuttgart.

Viertklässler im Land rutschen weiter ab

Baden-Württemberg bleibt auch in einer neuen Bildungsstudie Mittelmaß

Von Henning Otte

STUTTGART/BERLIN (dpa) - Für den einstigen Musterschüler Baden-Württemberg ist die neue Studie zu den Leistungen der Viertklässler ein herber Rückschlag. Die Kinder haben zunehmende Probleme beim Lesen und Zuhören. Der Anteil der starken Schülerinnen und Schüler, die den Regelstandard in Deutsch und Mathematik schaffen oder übertreffen, ist gesunken. Fast jedes fünfte Kind schafft die Mindeststandards nicht, heißt es in der Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), die am Montag vorgestellt wurde. Das Land rutscht damit nach dem schmerzlichen Absturz bei der Leistungsstudie im Jahr 2016 dieses Mal noch weiter ab. In der Rangliste der Länder ist Baden-Württemberg weiter nur im Mittelfeld zu finden. Dagegen liegen Bayern und Sachsen – obwohl auch hier die Leistungen sinken – erneut fast überall an der Spitze.

Baden-Württembergs grüne Kultusministerin Theresa Schopper nannte die Ergebnisse „wenig überraschend und ernüchternd zugleich“. „Angesichts der Schulschließungen in der Corona-Pandemie war zu erwarten, dass die Schere weiter auseinandergeht und die Leistungen der Schüler weiter sinken“, sagte sie. Dennoch könne Corona nicht als einzige Erklärung für die Ergebnisse herhalten. Denn die Studie zeige eine „ungute Entwicklung, die sich bereits in den vorherigen Erhebungen angedeutet hat“. Die Ministerin verwies darauf, dass fast 50 Prozent der Grundschüler ausländische Wurzeln hätten – das sei unter den Flächenländern der höchste Wert. Sie kündigte an, die Sprachförderung schon in der Kita verbessern zu wollen. Die Opposition und die Bildungsgewerkschaft GEW sehen die Probleme als hausgemacht an, weil die grün geführte Regierung die Grundschulen seit Jahren vernachlässige.

Beim Lesen liegen die Viertklässler aus Baden-Württemberg auf Rang neun, beim Zuhören sogar nur auf Platz elf. In beiden Bereichen erreichen nur 57 Prozent der Kinder die sogenannten Regelstandards, 20 Prozent schaffen die Mindeststandards nicht. Bei der Rechtschreibung liegt das Land immerhin auf dem dritten Platz. Aber auch hier hinken viele Kinder hinterher: Nur



Beim Lesen liegen die Viertklässler aus Baden-Württemberg auf Rang neun, beim Zuhören sogar nur auf Platz elf. FOTO: JÖRN WOLTER / WOLTERFOTO.DE VIA

47 Prozent packen den Regelstandard, 28 Prozent schaffen die Mindestanforderungen nicht. In Mathematik liegt das Land auf Rang sechs – knapp 20 Prozent der Mädchen und Jungen erreichen das Mindestlevel nicht. Schopper sagte, immerhin sei das Absinken der Leistungen etwas abgebrems und nicht so stark wie im Bundestrend. Die Studie zeigt aber auch, dass der Bildungserfolg im Land weiter stark vom sozialen Status der Eltern abhängt.

Schopper will vor allem Kinder aus Zuwandererfamilien stärker beim Deutschlernen helfen. Laut Studie liegt der Anteil der Haushalte, in denen nur Deutsch als Familiensprache gesprochen wird, im Südwesten bei 53,6 Prozent. Dieser Wert sei im Vergleich zur Studie im Jahr 2016 deutlich zurückgegangen. Die Ministerin sagte, das könne man nicht laufen lassen. Sonst hätten später nicht nur die Kinder ein Problem, sondern auch Baden-Württemberg

als wirtschaftlich starkes Land brauche gut ausgebildete Fachkräfte. Sie zeigte sich dennoch überzeugt: „Der eingeschlagene Weg ist richtig.“ Das Land hatte nach dem Absturz bei der Studie 2016 zwei wissenschaftliche Institute gegründet, die das Bildungswesen im Land unter die Lupe nehmen. Zudem gab es eine Reihe von Maßnahmen, um die Basiskompetenzen der Grundschüler in Deutsch und Mathe zu stärken.

Der frühere SPD-Kultusminister Andreas Stoch beklagte, dass die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunft viel zu hoch sei. Es sei falsch, dass Lehrkräfte nebenbei für Integration und Sprachförderung sorgen sollten. „Das kann nicht gut gehen“, sagte der SPD-Fraktionschef. GEW-Landeschefin Monika Stein beklagte, nach elf Jahren grün geführter Regierung liege das Land beim Verhältnis Lehrkraft pro Schüler bundesweit auf dem letzten Platz. Die GEW forderte, die Schuldenbremse auszusetzen. „Investitionen in Bildung bringen die besten Zinsen.“ Die FDP verwies darauf, dass das Land 2011 noch Spitzenplätze belegt habe. „Diese Regierung verspielt die Zukunft dieses Landes, indem sie peu à peu unser Bildungswesen systematisch ruiniert“, sagte Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke.

Baden-Württemberg ist mit seinen Problemen nicht allein: Bundesweit sind die Viertklässler beim Lesen, Schreiben und in Mathe im Vergleich zu den letzten Studien noch mal zurückgefallen. Schon nach der Studie von 2016 lösten die Ergebnisse der IQB-Studie im Südwesten einen wahren Schock aus. Das ehemalige Bildungsmusterland Baden-Württemberg war damals von einem Spitzenplatz ins Mittelfeld abgerutscht. Die damalige Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) attestierte dem Südwesten ein „durchgehendes Qualitätsproblem“.

Grundlage der Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) waren Tests an fast 1500 Schulen in ganz Deutschland mit etwa 27 000 Viertklässlern zwischen April und August 2021. In Baden-Württemberg nahmen etwa 90 Schulen und 1600 Kinder aus der damaligen vierten Klasse teil. Zum Zeitpunkt der Tests hatten die Schülerinnen und Schüler ein Jahr Pandemie und somit auch Monate des Homeschoolings hinter sich.

Oberleitung für das Allgäu, Batteriezug fürs Donautal

Verkehrsminister stellt Studie zu Lückenschlüssen bei der Elektrifizierung des Schienennetzes vor

Von Ulrich Mendelin

RAVENSBURG - Die Chancen für eine Elektrifizierung der Bahnstrecke Aulendorf-Kißlegg steigen: Ein von Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) in Stuttgart am Montag vorgestelltes Gutachten empfiehlt den Bau einer Oberleitung für die Trasse im Landkreis Ravensburg. Für andere Strecken wird hingegen der Einsatz von Batterie-Hybrid-Zügen vorgeschlagen. Bis auf Weiteres keine Zukunft sehen die Gutachter für Züge mit Wasserstoffantrieb. Die Gutachter sollten für ganz Baden-Württemberg untersuchen, wie ein lokal emissionsfreier Schienenverkehr auch auf jenen Strecken ermöglicht werden kann, deren Elektrifizierung nicht ohnehin schon in Bau, in Planung oder als weiterer „vordringlicher“ Bedarf eingestuft ist. Das betrifft nach Aussage von Hermann etwa 20 Prozent des Schienennetzes im Südwesten. Untersucht wurden 16 nicht elektrifizierte Streckenabschnitte.

Im Elektrifizierungskonzept des Landes wird die Strecke Kißlegg-Aulendorf unter „langfristiger Bedarf/fahrzeugseitige Lösungen“ geführt – ihr Ausbau wurde also als vergleichsweise nachrangig eingestuft und es war offen, ob sie überhaupt elektrifiziert werden würde. Bei der Präsentation der Studienergebnisse sagte nun Gerd Hickmann, Abteilungsleiter öffentlicher Verkehr, der Bau einer Oberleitung sei hier relativ einfach, weil es „keine topografischen Schwierigkeiten“ gebe und weder Brücken noch Tunnel zu berücksichtigen seien. Außerdem handle es sich

um einen Lückenschluss zwischen zwei bereits elektrifizierten Strecken, der Südbahn und der Allgäubahn.

Der Bau einer Oberleitung würde einen Schub bedeuten für die Pläne, im Raum Allgäu-Oberschwaben-Bodensee einen sogenannten Ringzug einzurichten, der in einem ersten Schritt Wangen und Leutkirch umsteigefrei mit Ravensburg verbindet. In einem zweiten Schritt könnte die Direktverbindung bis Friedrichshafen und Lindau weitergeführt werden. Könnten durchgängig E-Züge eingesetzt werden, wäre die Strecke deutlich leistungsfähiger. Um den Ringzug und die Elektrifizierung voranzutreiben, hatten die Landkreise Ravensburg, Lindau und Bodensee im Februar den Interessenverband Bodo-Ringzug gegründet. „Wir freuen uns, dass das Land nach einer von ihm selbst vorgenommenen Untersuchung eine Elektrifizierung mit Oberleitung für die Strecke Aulendorf-Kißlegg für vorzugswürdig erachtet“, sagte der Vorsitzende des In-

teressenverbands, der Ravensburger Landrat Harald Sievers (CDU). Land und Interessenverband hätten bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet, man wolle den Bodo-Ringzug „möglichst schnell“ umsetzen.

Neben der Strecke Aulendorf-Kißlegg empfehlen die Gutachter auch die Elektrifizierung der Hohenlohebahn und einiger Stichstrecken im Stuttgarter Speckgürtel. Für die übrigen Strecken favorisieren sie Batterie- gegenüber Wasserstoffzügen, vor allem aus Kostengründen. Dies betrifft zum Beispiel die Donautalbahn von Tuttlingen über Sigmaringen und Ehingen nach Ulm. In dieselbe Kategorie fallen die Strecken von Aulendorf über Bad Saulgau nach Herberlingen und von Sigmaringen über Gammertingen nach Hechingen.

Die Batteriezüge sollten dem Gutachten zufolge jeweils mit Hybridantrieb ausgestattet sein, sodass sie gegebenenfalls die Batterie auf elektrifizierten Teilstrecken aufladen könnten. Auch der Bau von Oberlei-

tungsinseln – also kurzen elektrifizierten Abschnitten – oder Schnellladestationen müsse untersucht werden, so Verkehrsminister Hermann. Über die Ergebnisse der Studie und das weitere Vorgehen werde nun in den Regionen gesprochen, kündigte er an.

Keine Rolle spielen die Ergebnisse der Studie für die Bodenseegürtelbahn Friedrichshafen-Radolfzell und für die Brenzbahn Ulm-Aalen. Ihre Elektrifizierung war schon bisher als vordringlich eingestuft, der Einsatz von Batteriezügen kommt dort also nicht infrage.

Die FDP kritisiert Hermanns Absage an Wasserstoffzüge. „Es ist schade, dass bei der Anschaffung von Schienenfahrzeugen mit einer Laufzeit von 30 Jahren auf Basis eines Gutachtens eine Einführung der Technologien erfolgen soll“, sagte der FDP-Verkehrsexperte Christian Jung. Das Land verbaue sich ohne Not die Nutzung von zukünftigen Innovationssprünge. „Einmal mehr drängt sich der Eindruck auf, dass alles einseitig auf die Batterie-Karte gesetzt werden soll.“

Die Landesregierung hatte Wasserstoffzüge ebenso wie Batteriezüge bereits in der Praxis getestet, unter anderem auf der Schwäbischen Alb. Rund um Offenburg fahren ab Dezember 2023 Batteriezüge im Regelbetrieb. Von der Bestellung eines solchen Fahrzeugs bis zum Einsatz auf der Strecke dauert es nach Hermanns Aussage derzeit drei bis vier Jahre. Allerdings ist das Land auch an bestehende Verkehrsverträge gebunden. Innerhalb der nächsten zehn Jahre solle das Konzept aber umgesetzt werden.



Bislang nur im Dieselmotortrieb: Regionalzug am Wangener Bahnhof vor der Abfahrt nach Aulendorf. ARCHIVFOTO: BERND TREFFLER

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsorte: Werktaglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spätlingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteure: Jürgen Mladek, Andreas Müller, Leiterin Digitale Strategie und Produkte: Steffi Dobmeier, Mitglieder der Chefredaktion: Katja Korf, Jochen Schlosser, Leitender Redakteur (Editorenpool): Dirk Augustin
Politik: Katja Korf, Wirtschaft: Thomas Hagenbucher, Journal/Kultur: Jonas Voss, Sport: Martin Deck, Beilagen/Wochenende: Simone Haelele, Gestaltung: Hassan Al Mohtasib, alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Theresa Gnann
Redaktion Berlin: Claudia Kling
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jauß
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel
Druck: SV Druck GmbH & Co. KG Ravensburg, Druckhaus Weingarten

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0, Telefax 0751 / 2955-991139
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Lutz Schumacher
Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Verantwortliche für Zeitungsproduktion: Anita Löst

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 75 vom 1.9.2022.
Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de